

Wahlbetrug in Dortmund?! Und in Mülheim? Soll hier das Ganze sogar zum Dauerzustand werden?

Der Arnsberger Regierungspräsident Diegel legte offiziell Einspruch gegen die Kommunalwahl in Dortmund vom 30. August ein, genau wie bisher über 300 Privatpersonen, fünf Parteien und Wählergemeinschaften ebenfalls. Zentrale Begründung des RP-Einspruchs: die *"unzulässige Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung des Rates und der Dortmunder Bürger"* über die sich spätestens Ende Mai 2009 abzeichnenden Haushaltslücke im dreistelligen Millionenbereich. Zitat RP Diegel laut WAZ: *"Anstatt den Rat - und damit den Wahlbürger - über das Millionendefizit zu informieren und umgehend einen vorgeschriebenen Nachtragshaushalt einzubringen, entschied OB Lange-meyer, die Information bis nach der Kommunalwahl zurückzuhalten."*

Was aber ist oder war in Mülheim/Ruhr anders als in Dortmund?



RUHRBANIA

Haben Frau OB Mühlenfeld und Kämmerer Bonan etwa den Rat und die Mülheimer Bürger "pflichtgemäß über die sich abzeichnende Haushaltslücke unterrichtet"?? Oder haben sie auch in Mülheim "unzulässige Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung" betrieben? Wenn ja, und alles weist darauf hin: warum legte in Mülheim niemand Einspruch gegen die Kommunalwahl ein? Doch egal, es geht um mehr als nur um die Frage von Neuwahlen oder nicht.

Für Mülheim und wahrscheinlich auch für Dortmund gilt nämlich, dass der kommunale Haushalt ziemlich hoffnungslos vor die Wand gefahren wurde, dass die Boomjahre 2005 bis Herbst 2008 nicht zum Abbau von Schulden genutzt wurden, sondern Anlass zu noch mehr Verschuldung waren und dass mit bilanziellen Trickereien, abenteuerlichen Umwegfinanzierungen u.a. über PPP-Geschäfte sowie unüberschaubaren Ausgliederungen in privatwirtschaftliche GmbHs seit Jahren alle Regeln seriöser Haushaltsführung missachtet werden. Da die überwiegende Mehrheit der Stadträte das alles und immer mit abgesegnet hat, muss leider bezweifelt werden, dass die Misere durch Neuwahlen verbessert werden wird.

Für Dortmund, Duisburg, Mülheim und andere Städte muss man zudem davon ausgehen, dass alle Parteien, die bei Neuwahl erneut zur Wahl stehen, das ungefähre Ausmaß der jeweiligen Haushaltskatastrophe auch vor der Wahl am 30. August kannten, genau wie die Oberbürgermeister und Kämmerer, ob sie nun wie in Dortmund und Mülheim von der SPD kommen oder wie in Duisburg von der CDU.

Dennoch haben RP Diegel und die anderen Widerspruchsführer recht, wenn sie das Verschweigen der Haushaltslöcher als das anprangern, was es ist, nämlich glatter Wahl- und Wählerbetrug!

Nur ist leider zu befürchten, dass Neuwahlen die Parteienverdrossenheit vieler Bürger noch weiter vergrößern wird. Nach bereits 3 ziemlich inhaltsleeren Wahlkämpfen in diesem Jahr und nach dem würdelosen Parteiengzänk um den Termin der NRW-Kommunalwahl könnte die ohnehin kränkelnde Demokratie leider schnell der Hauptverlierer bei Neuwahlen sein. Und der Lösung der Problematik der Haushaltsmisere muss man auch nicht automatisch näher gekommen sein. Es sei denn, alle Parteien und Kandidat/innen würden sich im erneuten Wahlkampf auf gänzlich andere Inhalte und Methoden besinnen und den Wähler/innen nur noch reinen Wein einschenken. Das aber ist bei den gleichen Personen und Parteien leider vorerst kaum zu erwarten, die gerade erst vor dem 30. August die Wähler bewusst und gezielt im Unklaren ließen, ob in Dortmund, Mülheim oder anderswo im Ruhrgebiet!

Wahrscheinlich wird es viel sinnvoller als Neuwahlen sein, die jeweiligen Bürger/innen bei der Bewältigung der massiven Finanzprobleme der Städte viel mehr und anders zu beteiligen. Ein sog. Bürgerhaushalt mit Vorschlagsrecht der Bürger auch in Haushaltsfragen wäre ein Schritt in diese Richtung. Die letztjährigen Erfahrungen damit z.B. in Köln sollen insgesamt recht positiv gewesen sein!

In Mülheim sind wir leider davon noch meilenweit entfernt. Hier wurde nicht nur das Ausmaß der Haushaltslöcher vor den Wahlen ebenfalls verschwiegen, es soll sogar weiterhin verschleiert und Gegenmaßnahmen verschoben werden! Deshalb im folgenden einige Belege dafür, wie in Mülheim mit der Haushaltskatastrophe umgegangen wurde und wird:

Auf MBI-Anfrage hin gab der Kämmerer im Finanzausschuss (FA) am 15. Juni bekannt, dass bis zum 1.6. bereits 362 Mio. Euro Kassenkredite aufgenommen werden mussten, weit über 50 Mio. mehr als im Jahr zuvor. Spätestens im Juni hätte er deshalb "pflichtgemäß" einen Nachtragshaushalt aufstellen müssen. Anstelle dessen aber behauptete er, "*die Abweichungen vom Planansatz 2009 können zurzeit noch nicht beziffert werden*" und "*Das Haushaltsdefizit 2009 übersteigt die Ausgleichsrücklage nicht. Es wird derzeit auch nicht damit gerechnet. Eine Anzeige gegenüber der Finanzaufsicht ist deshalb nicht notwendig.*" (Zitate Protokoll FA 15.6.09).

Frage also: Wusste er bereits im Juni mehr, als er im FA zugab, oder hätte er zumindest als Kämmerer mehr wissen müssen?

Da die enorme Haushaltslücke in Dortmund bereits Ende Mai erkennbar und dem Dortmunder Verwaltungsvorstand bekannt war, kann dem in Mülheim nicht anders gewesen sein, zumal der Mülheimer Kämmerer aus Dortmund kommt und damit deren Haushaltsberechnungen kennen muss. Auch war im Juni längst bekannt und gesichert, dass die Wirtschaftskrise deutlich weniger Einnahmen bei steigenden Ausgaben bedeuten musste. Ergo hätten Kämmerer und OB darauf reagieren müssen.

Die oben zitierten Aussagen des Kämmerers im FA vom Juni oder die Behauptung der OB-Kandidatin Mühlenfeld noch am 24. Aug. im Altenhof, das Defizit 2009 betrage nur 45 Mio. Euro (exakt die Zahl aus dem Etat 2009, der bekanntlich bereits bei der Verabschiedung Makulatur war), erscheinen bereits als das, was RP Diegel bei Dortmund beanstandet, nämlich "unzulässige Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung des Rates und der Bürger".

Was aber den Fall Mülheim noch gravierender macht als Dortmund, ist, dass dieser un-haltbare Zustand nun auch noch bis ins nächste Jahr hinein verlängert werden soll. Um den Anschein eines weiter "ausgeglichenen" Haushalts vorzutäuschen, soll der Etat 2010 erst Mitte 2010 verabschiedet werden. Das aber würde bedeuten, dass die Stadt Mülheim weit über 1 Jahr trotz Wirtschaftskrise und Riesen-Haushaltsloch Untätigkeit an den Tag legt und einfach weiter macht, als gäbe es das alles nicht. Jeder Privatperson würde die Bank bei einem derartigen Verhalten das Konto sperren. Doch eine Stadt hat ja ihre Bürger als Bürgschaft bzw. Geiseln. Die werden das umso bitterer ausbaden müssen, je länger seriöse Haushaltsführung unterbleibt, einzig um weiter Geld ausgeben zu können, das die Stadt schon länger nicht mehr hat.

Ganz gleich, ob man wie in Dortmund Neuwahlen fordert oder dies für wenig hilfreich hält:

Die Haushaltskrise auch unserer Stadt ist weder ein Versteck- noch ein Glücksspiel oder gar Roulette: Deshalb Haushaltswahrheit und -klarheit jetzt! Alle Zahlen müssen auf den Tisch! Eine Haushaltssperre wird sicher unumgänglich sein, sie war lange überfällig. Die Diskussion bzw. auch der Streit um längst überfällige Sparpakete hätte eigentlich vor den Wahlen stattfinden müssen, wenn der Kämmerer "pflichtgemäß" einen Nachtragshaushalt vorgelegt hätte. Nur dann hätten die Wähler auch gewusst, wer für was wirklich steht. Hat der Kämmerer aber nicht und damit "unzulässige Wahlbeeinflussung" (Zitat RP Diegel) betrieben.

Die überfällige Haushaltskorrektur aber auch nach den Wahlen nochmal weiter zu verschieben, ist verantwortungslos und gefährdet die Zukunft unserer Stadt!

Folgende Punkte beschreiben die Mülheimer „Verhältnisse“, die Haushaltskrise betreffend :

1. Der Haushalt einer Stadt sollte gemäß §78 und § 80 Abs. 5 GO NRW vor Jahresende verabschiedet sein. Kämmerer Bonan will aber "pflichtwidrig" den Etat 2010 erst im Februar 2010 einbringen, so dass er frühestens im Mai verabschiedet und im Sommer vom RP genehmigt bzw. mit 100%iger Wahrscheinlichkeit nicht genehmigt werden kann. Bis dahin befindet sich Mülheim nicht im Nothaushalt, kann also weitere Stellen schaffen, befördern, Projekte beginnen, Brücken und Häuser nach Belieben abreißen u.v.m.. Das aber ist nicht im Sinne der Gesetze und noch weniger im Sinne der Steuerzahler: Der Etat muss vor Jahresende verabschiedet sein und wenn sich größere Haushaltslöcher ergeben, muss ein Nachtragshaushalt her! Bonans Kommentar in der WAZ vom 17. Okt. zum MBI/FDP-Antrag, den Etat wenigstens im Dez. einzubringen: *"Erstens befinde sich der Rat nach der Kommunalwahl noch „in der Findungsphase“ und zweitens wolle man wegen der massiven Auswirkungen der Krise auf Steuereinnahmen und Sozialausgaben die Steuerschätzung im November abwarten, bevor man in die konkrete Ausgestaltung eines Haushaltssicherungskonzeptes gehe."* Diese Ausrede ist platt und durchschaubar, aber auch gleichzeitig eine Frechheit, denn
2. **Der Etat 2009 wurde im Sommer 2008 aufgestellt, bevor die Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst hereinbrach. Völlig ungeachtet dessen wurde der Etat im Dez. beschlossen, ohne die absehbaren Folgen der Krise zu berücksichtigen. Damit wurden nun in 2009 ausnahmslos alle vorgesehenen Ausgaben so getätigt, wie vor der Krise geplant! Es ist eine Binsenweisheit, dass dies wegen der Kommunalwahlen so geschah, auch wenn das einen unverantwortlicher Umgang mit Steuergeldern darstellt, weil wider besseres Wissen. Den MBI-Antrag im Nov. 08, den Haushalt erst im Frühjahr zu verabschieden, wenn das Ausmaß der Krise deutlicher werde, stimmten alle damals nieder.**
3. Auch im Juni 09 weigerte sich der Kämmerer, genauere Zahlen über die wirkliche Haushaltslage vorzulegen. Auf die MBI-Anfrage hin wollte er z.B. auch nichts über den Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen sagen können! Frau Mühlenfeld erzählte als OB-Kandidatin ebenfalls nichts über größere Haushaltsdefizite. Auf der Podiumsdiskussion im Altenhof am 24. Aug. sprach sie noch von nur 45 Mio. Euro Haushaltsdefizit, genau die Zahl aus dem Etat 2009, der bekanntlich bereits bei der Verabschiedung Makulatur war. Im Hauptteil der WAZ vom 24. Juli stand aber bereits ein großer Artikel über die Finanznot der Städte und dass die 20 größten Städte Einbrüche der Gewerbesteuererinnahmen von bis zu 40% erwarteten. Der Mülheimer Kämmerer Bonan wurde in diesem WAZ-Artikel so zitiert: *"Uns droht der völlige Absturz"*.

Mit anderen Worten: Bonan wusste bereits im Juli viel mehr als Rat und Bürger heute wissen und seine Chefin sollte das nicht gewusst haben? In exakt 1 Monat bis zur Altenhof-Veranstaltung soll sie auch keine Möglichkeit gefunden haben, Bonan zur detaillierten Beschreibung dessen aufzufordern, was er unter "völligem Absturz" verstand? Das wäre lächerlich oder aber grob fahrlässig! Deshalb ist zu vermuten, dass auch sie als OB Bescheid wusste, das im Wahlkampf aber nicht zugeben wollte.

4. **Auch nach der Wahl am 30. August blieb Bonan erst bei Beschönigung und behauptete noch im Finanzausschuss am 7. Sept., die "Krise kostet die Stadtkasse 8,5 Millionen Euro - Vor den Mitgliedern des Finanzausschusses erklärte Bonan, er halte sowohl dieses Defizit als auch einen Nothaushalt 2010 für vermeidbar." (Zitat NRZ vom 8.9.09). Also nichts mehr von Absturz??! Oder einfach nur gelogen, um nach dem Dortmunder Eklat nicht ins Gerede zu kommen?! Oder war es wegen der Bundestagswahl am 27. Sept., denn**
5. **genau am 28. Sept. war der WAZ folgendes Bonan-Zitat zu entnehmen: "Ein Nothaushalt droht in jedem Fall für 2010; für 2009 kann ich es nicht ausschließen."**
Scheibchenweise begann also der Kämmerer, den bereits im Juli bekannten "Absturz" des Mülheimer Haushalts auch zuzugeben. Er mogelte sich aber noch um den zentralen Punkt der Einnahmeeinbrüche bei Gewerbesteuern herum. Auch als er in diesem WAZ-Interview behauptete, *"die Kassenkredite hatte ich mit 400 Millionen kalkuliert, die durch die nicht vorhersehbare Finanzkrise höher ausfallen werden"*, so klang das seltsam, weil die Krise bekanntlich 1 Jahr vorher begonnen hatte, also auch deutlich vor der Verabschiedung des Etats 2009. Es war also "pflichtwidrig", dass er die bereits real existierende Krise einfach ignoriert hatte!
6. **Nun aber den Etat 2010 erst in 2010 einzubringen, das ist die Krönung von Verschleierung der wirklichen Verhältnisse, um ja bei Ruhrbania, Zukunftsschule, Stadionumbau, Naturbad, Kübelböcken, unsinnigen Einkaufsbroschüren oder irgendeinem anderen der vielen finanziell unseriösen Projekte in Mülheim durch den finanziellen Kollaps der Stadt nicht eingeschränkt zu werden. Da wirkt es auch wie Hohn, wenn er in der WAZ von heute "der Ratspolitik zusagt, sie auf dem Laufenden zu halten - Mit offenem Visier".**

Indikatoren wie die Explosion der Kassenkredite lassen nur einen einzigen Schluss zu, nämlich das, was Bonan im Juli in der WAZ sagte: **Der völlige finanzielle Absturz!** Alle o.g. Indizien und Zitate belegen zudem eindeutig, dass er das seit Monaten genauestens wissen musste und seine Chefin und OB-Kandidatin damit auch.

Man braucht im Übrigen nicht studiert zu haben, um den finanziellen Absturz in der Krise zu erkennen, insbesondere in einer stark exportorientierten Stadt wie Mülheim, die genau deshalb in den Jahren davor noch überverhältnismäßig bei Gewerbesteuern geboomt hatte. Man braucht dafür auch kein "selbsternannter Weltökonom" zu sein, wie SPD-Wiechering den MBI-Sprecher L. Reinhard im Nov. 08 öffentlich in NRZ (11.12.) und Mülheimer Woche (12.12.08) beschimpft hatte, dem er dabei ein "Sammelsurium aus Unterstellungen und Platitüden" vorwarf, weil Reinhard wegen der Krise auf fallende Einnahmen und steigende Ausgaben hingewiesen hatte, kurzum auf das, was der Kämmerer nun scheibchenweise zugeben muss. Doch Herrn Wiechering muss man in seiner Wortwahl ohnehin nicht immer ernst nehmen.

Zusammengefasst ergibt sich für Mülheim folgendes umgewandelte Zitate von RP Diegel zu Dortmund (*Änderungen in kursiv zu Mülheim*):

"Unzulässige Wahlbeeinflussung durch pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung des Rates und der Mülheimer Bürger" und

"Anstatt den Rat - und damit den Wahlbürger - über das Millionendefizit zu informieren und umgehend einen vorgeschriebenen Nachtragshaushalt einzubringen, entschieden zumindest OB Mühlenfeld und Kämmerer Bonan, die Information bis nach der Kommunalwahl zurückzuhalten."

Und noch schlimmer als in Dortmund: Sie weigern sich sogar weiterhin, ihre "pflichtwidrige Nicht- und Falschunterrichtung" aufzugeben!

Man darf gespannt sein, ob und was der für Mülheim zuständige RP Büssow aus Düsseldorf zu dem Ganzen sagt oder ob der weiter das bekannte "Spiel der 3 Affen" fortsetzt?!